Nr. 515. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Konpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 8. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Attentat auf Haase.

Vor dem Reichstagsgebäude wurden heute mittag auf den unabhängigen Abgeordneten Hugo Haase vier Revolverschüsse abgegeben, durch die Haase am Oberschenkel verwundet wurde. Der Attentäter wurde verhaftet. Er machte den Eindruck eines Geisteskranken und behauptet ein Wiener Lederarbeiter zu sein, der durch Haase in seiner Existenz schwer geschädigt worden sei. Er habe Haase dafür einen Denkzettel versetzen wollen, töten habe er ihn jedoch nicht wollen.

Die Verletzung Haases soll leicht sein.

Das öffentliche Steuerbuch.

Das finanzielle Ergebnis der von der Nationalversammlung beschlossenen Vermögens- und Einkommensteuern muß heute schon den Gegenstand ernster Sorge jedes verantwortungsvoll denkenden Staatsbürgers bilden. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser Steuern ist von einer Bedeutung, welche weit über rein wirtschaftliche Gesichtspunkte hinausgeht. Nach außen hin bringt uns ein Mißerfolg in ernste Verwicklungen, welche die durch den Friedensvertrag von Versailles bereits engbegrenzte wirtschaftliche Selbständigkeit des Deutschen Reiches noch stärker einschnüren, ja zum Ersticken bringen kann. Fast noch gefährlicher aber muß sich die Lage im Innern zuspitzen, wenn es offenbar werden sollte, daß es den Steuerdrückebergern gelungen ist, mit Wendungen und Drehungen einen guten Teil ihres Vermögens vor dem Zugriff des Staates in Sicherheit zu bringen. Es gibt keine politische Partei in Deutschland, welche in den letzten Wahlkämpfen zur Nationalversammlung nicht „die restlose Erfassung der Kriegsgewinne" und die schärfste Heranziehung des Besitzes zur Deckung unserer ungeheuren Kriegsschuld auf ihr Banner geschrieben hatte. Bleiben diese lauten Versprechungen leere Phrasen dadurch, daß es nicht gelingt, die papiernen Bestimmungen der Steuergesetze in die Wirklichkeit umzusetzen, so wird sich die elementare Wut der Massen gegen diesen neuen Volksbetrug der Kriegsgewinnler in Handlungen umsetzen, die unser ganzes Staatswesen den schwersten Erschütterungen aussetzen. Der Radikalismus von ganz links und auch jener von ganz rechts sieht der Entwicklung der Dinge mit großen Hoffnungen entgegen.

Bei dieser entscheidenden Bedeutung der möglichst restlosen Erfassung der Steuervermögen kann die Frage der Mittel nur nach ihrer Tauglichkeit geprüft werden; es muß ganz außer Betracht bleiben, ob das an sich taugliche Mittel dem Steuerträger mehr oder minder angenehm ist. Das schärfste Mittel steuerlicher Erfassung ist gerade noch gut genug, auch wenn es einen tiefen Eingriff in die Einzelinteressen darstellen würde.

Steuerfragen sind in weitestem Umfange Interessenfragen; es liegt daher in der Natur der Sache, daß manche Interessen einzelner Kreise, z. B. in der Bank- und Industriewelt zu den allgemeinen Volksinteressen in unüberbrückbarem Gegensatze stehen können. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird man an die Prüfung von Sachverständigengutachten stets mit recht kritischem Sinne herantreten müssen.

Die außerordentlichen Verhältnisse bedingen außerordentliche Mittel. Es war bis jetzt steuerlicher Grundsatz, daß die Veranlagung zur Steuer eine Angelegenheit war, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zwischen Steuerträger, Veranlagungsbehörde und Steuerbehörde vorgenommen wurde. Die aus diesem Geheimverfahren sich ergebenden Mängel sind offenkundig. Man ist hierbei auf den guten Willen des Steuerträgers angewiesen, weil es bei der großen Menge der Steuerfälle keiner Veranlagungsbehörde möglich ist, tieferen und vollkommen genauen Einblick in die Vermögensverhältnisse jedes einzelnen zu erhalten. Dabei muß man noch mit der Tatsache rechnen, daß einzelne Mitglieder der Veranlagungsbehörde ihr undankbares Amt nicht mit voller Schärfe und Nachdruck oft ausüben wollen und manchmal nicht können, weil zwischen ihnen und dem Steuerbetroffenen Beziehungen bestehen, deren Einfluß auf die Steuerveranlagung einfach nicht wegzuleugnen ist. Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse, wenn die Feststellungen der Veranlagungsbehörden der möglichen Nachprüfung eines nicht beschränkten Personenkreises, also der Oeffentlichkeit, unterliegen. Der Steuerträger hat dann mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das, was der Steuerbehörde säuberlich verschwiegen worden ist, anderen Personen, die besseren Einblick haben, gar wohlbekannt ist. Diese mögliche Nachprüfung wird ein vorbeugendes Mittel von ausgezeichneter Wirkung sein. Die Gefahr einer möglichen Entdeckung von Steuerhinterziehungen wird damit eine beständige. Der verbrecherische Kampf des Steuerhinterziehers spielt sich nicht mehr zwischen ihm und der Steuerbehörde allein ab und gibt ihm damit oft leichtes Spiel, sondern er muß mit allen möglichen unbekannten Gegnern rechnen und seine Lage wird dadurch schwierig und unsicher. Wir haben bereits theoretisch den Steuerverbrecher auf die gleiche Stufe wie den sonstigen Verbrecher gegen die Vermögensgüter gestellt, aber durch die Oeffentlichkeit der Steuerveranlagung wäre ein großer Schritt zur praktischen Durchführung dieser bis jetzt rein theoretischen Erkenntnis getan. Der Steuerverbrecher muß in gleicher Weise der Möglichkeit der Verfolgung ausgesetzt werden, wie jeder andere Verbrecher auch. Wieviele Vergehen und Verbrechen wären aber der gerechten Sühne entzogen, wenn den Strafverfolgungsbehörden die Mithilfe der Oeffentlichkeit entzogen wäre? Von diesem Gesichtspunkt ist auszugehen, wenn wir die Einwände untersuchen, welche gegen die öffentliche Volkskontrolle in Steuersachen sprechen. Man fürchtet die Denunziation, insbesondere in ihrer unsympathischen anonymen Form. Aber man frage auch hier die Strafbehörden über die praktische Wirkung, und man erhält die Antwort, daß ohne diese „Denunziation" über viele Verbrechen der Schleier der Dunkelheit gebreitet bliebe. Daß der einzelne es nicht wagt, bei Erfüllung seiner Bürgerpflicht, den Verbrecher der gerechten Strafe zuzuführen, mit vollem Namen hervorzutreten, ist letzten Endes eine Folge unserer mangelhaften staatsbürgerlichen Erziehung. Wir haben bis jetzt „die Behörde" stets als eine außerhalb des Volkes stehende Einrichtung empfunden und nach dieser falschen oder mindestens veralteten Auffassung unsere gesellschaftlichen Begriffe gebildet. Wenn hier eine Revolution der Begriffe sich langsam durchsetzt und wir dadurch die gesellschaftliche Erkenntnis gewinnen, daß jede Betätigung des einzelnen zur Ueberführung eines Steuerverbrechers eine einfache Bürgerpflicht ist, so ist für die zu lösende Aufgabe einer restlosen Heranziehung der Steuervermögen unendlich viel getan. Es wäre damit auch einem Grundsatz unseres neuen Volksstaates, wonach jede öffentliche Angelegenheit unter Mitwirkung und Einwirkung des gesamten Volkes durchzuführen ist, Genüge getan; denn daß Steuersachen in weitestem Umfange eine Sache der Allgemeinheit sind, dürfte wohl füglich kaum einem Zweifel unterliegen.

Ein weiterer Einwand besteht in der Befürchtung, daß der Privatkredit des einzelnen geschädigt würde. Diese Tatsache dürfte, selbst wenn sie richtig wäre, an sich kein absolut durchschlagender Gegenstand sein. Aber eine nähere Untersuchung läßt erhebliche Zweifel aufkommen, ob von einer solchen Schädigung überhaupt gesprochen werden kann. Es ist zu beachten, daß alle Steuerträger in die gleiche Lage versetzt werden; ferner prüft im Geschäftsleben jeder Kreditgeber selbständig den Kredit seines Schuldners und geht darin bereits jetzt schon viel weiter, als es der Staat je tun kann. Weiterhin kommt in Betracht, daß die Wirtschaft an ungesunder Kreditanspannung des einzelnen gar kein Interesse haben kann.

Was bis jetzt letzten Endes uns gehindert hat, die Steuerveranlagung in das volle Licht der Oeffentlichkeit zu stellen, liegt in einer „Imponderabilie", in einem gesellschaftlichen Begriff begründet, welcher sich mit großer Zähigkeit behauptet und den bis jetzt auch keine Revolution hat hinwegschwemmen können. Wir werten den Menschen nach der Größe des Geldes, das wir — bei ihm vermuten. Diese platte Tatsache als dem Ergebnis unseres materialistisch-privatkapitalistischen Zeitalters kann durch keine Redensarten hinwegdisputiert werden. In dieser Richtung sind wir alle allzumal Sünder, selbst wenn wir uns selbst lebhaft das Gegenteil versichern. Bei der landläufigen Redensart: „Ich schätze den Mann auf tausend Mark", liegt nicht allein eine rein objektive Feststellung einer wirtschaftlichen Tatsache, sondern es fließt mit unter die gesellschaftliche Wertung des Mannes: er wird damit eingereiht in eine der Klassen der Ritter „von . . . und Besitz", wobei auf die ergänzende „Bildung" sehr oft wenig Wert gelegt wird und man sie deshalb ruhig beiseite lassen kann. In dieser kapitalistischen Verwilderung unserer gesellschaftlich-ethischen Begriffe liegt des Pudels Kern. Sie zeitigt in ihrer Folge das ängstliche Bemühen jedes einzelnen, über seine Vermögensverhältnisse einen dunklen Schleier zu breiten, der — wie so oft im Leben — mehr ahnen lassen soll, als darunter verborgen ist, um so in gesellschaftlicher Anschauung in eine möglichst hohe Klasse „derer von Besitz" zu kommen, während dieser Schleier über die Vermögensverhältnisse der Steuerbehörde gegenüber gleichzeitig zu dem entgegengesetzten Zwecke mißbraucht wird.

Und nun erhebt sich die schicksalsschwere Frage: können wir den nichtbesitzenden Massen des Volkes gegenüber, welche diesen Vermögensschleier nicht brauchen, weil sie nichts zu verschleiern haben, in unserer fürchterlichen Finanznot die Aufrechterhaltung dieser alten Anschauung verantworten? Sind wir nicht vielmehr gezwungen, einem verrotteten gesellschaftlichen Begriffe zum Trotze den Grundsatz der offenen Bilanz aller Privatvermögen der Steuerträger restlos durchzusetzen und damit jedem einzelnen Volksgenossen die Möglichkeit geben, anstatt zwecklos über Steuerdrückeberger zu schimpfen, selbst bei der Erfassung der hinterzogenen Vermögenswerte mitzuwirken? Wir haben den alten Obrigkeitsstaat zusammenfallen lassen und ihm manche Grabrede nachgeschickt. Wenn wir im neuen Volksstaat wiederum die Steuerveranlagung zu einer geheim zu haltenden Angelegenheit zwischen Behörde und dem einzelnen Steuerträger machen, so holen wir damit ein wesentliches Inventarstück des alten Staates hervor, der seiner geschichtlichen Struktur nach fast restlos auf die Interessen der besitzenden Klassen in diesem wesentlichen Punkte aufgebaut war. Es genügt auch nicht, wenn wir „der Behörde" eine nach demokratischen Grundsätzen veränderte Zusammensetzung geben, denn ihre Machtlosigkeit gegenüber dem geschickten Steuerhinterzieher bleibt die gleiche.

Die Wege zur Durchführung des oben verfochtenen Grundsatzes der offenen Steuerveranlagung können mannigfache sein und im folgenden soll nur einer in seinen Grundzügen angedeutet werden. In jeder Veranlagungsgemeinde wird ein Steuerbuch angelegt, in welchem das Steuervermögen, das versteuerte Einkommen und die Höhe aller zu entrichtenden Steuerbeträge jedes einzelnen Steuerträgers einzutragen ist. Dieses Steuerbuch steht nach Art unseres Grundbuches jedem zur Einsicht offen; es können gegen Entrichtung der Gebühren Abschriften von jedem verlangt werden. Die Steuerschätzungsbehörde hat das Recht, bei dem Verdacht einer Steuerhinterziehung für eine größere Publizität der Steuerangaben Sorge zu tragen, um dadurch die öffentliche Volkskontrolle noch stärker anzuspannen. Bei größeren Vermögensmassen werden auch die einzelnen Vermögensteile in das Steuerbuch eingetragen; ebenso werden bei Einkommen von bestimmter Höhe die Einzeleinkommensquellen angegeben.

Verbinden wir die Einrichtung des Steuerbuches, durch welches das Volk selbst sein eigener Steuerkommissar wird, mit der bereits in der Oeffentlichkeit behandelten Katasterierung der sogenannten „mobilen Werte" und dem Hilfsmittel des „Steuereides", so erhalten wir ein System von Maßnahmen, die in ihrer Gesamtwirkung dem Steuerhinterzieher doch das Leben recht sauer machen, insbesondere dann, wenn wir in unseren Steuerstrafen das „Arbeitshaus" als wertvolle und wirksame Nebenstrafe einführen.

J. F. Amberger-Bretten.

Ausstände im Reich.

Es ist unverkennbar, daß — wie auch vom Reichskanzler Bauer in seiner Rede zu Beginn der politischen Debatte in der Nationalversammlung am Dienstag ausgeführt wurde — die Arbeitslust in der deutschen Republik allmählich wieder zu wachsen beginnt. Jedoch machen sich naturgemäß noch immer Ausstände bemerkbar, die geeignet sind, unserem schwer geschädigten Wirtschaftsleben neue empfindliche Schläge zu versetzen. So wird aus Königsberg gemeldet:

Wegen Lohndifferenzen sind Dienstagvormittag die Arbeiter des Elektrizitätswerkes in den Ausstand getreten. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Ferner traten morgens die Transportarbeiter in den Ausstand, ebenso die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Schiffsführer, Heizer, Maschinisten und Matrosen, so daß die gesamte Binnenschiffahrt still liegt.

Ueber Ausstände im Reich liegt ferner folgende Meldung vor:

Die Angestellten der Straßenbahngesellschaft in Stettin sind, nachdem sich die Verhandlungen wegen ihrer Lohnforderungen mit der Direktion zerschlagen haben, Mittwoch früh in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vollständig.

Es muß die grundsätzliche Forderung den Arbeitgebern gegenüber erhoben werden, alles auf das peinlichste zu vermeiden, was irgendwie geeignet wäre, berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Das insbesondere von der nationalistischen Presse so oft erwähnte Wort von der „Sabotage der Arbeit" sollten sich ganz besonders die kapitalistischen Saboteure zu Herzen nehmen. Zu der gesunden Auffassung der Arbeiterschaft haben wir volles Zutrauen, daß sie dann ihrerseits tatkräftig am Aufbau der deutschen Wirtschaft helfen wird.

Levlens Verhaftung bestätigt.

Das von uns heute morgen mitgeteilte Gerücht von der Verhaftung des Dr. Max Levien in Wien bestätigt sich. Levien war — wie erinnerlich sein dürfte — einer der Hauptführer zur Zeit der Münchener Schreckensherrschaft der Rätediktatur, der auch im Münchener Geiselmordprozeß wiederholt in Verbindung mit Dr. Levine-Nissen genannt wurde.

Levien behauptete anfänglich bei seiner Verhaftung, Engländer zu sein und nur englisch oder französisch zu verstehen. Er hatte sich bereits längere Zeit bei Gesinnungsgenossen verborgen gehalten und wurde am Dienstag auf grund der von München ergangenen Mitteilungen auf der Straße erkannt.

Die „Wiener „Arbeiter-Zeitung" erklärt schon heute, daß eine Auslieferung Leviens nach München nicht in Betracht kommen könnte, da der Verhaftete wegen Hochverrats, also wegen eines politischen Verbrechens verfolgt wird.

Nationalisten und Sozialisten.

Die Stadtverwaltung von Bologna veranstaltete einen großen Empfang zu Ehren der Teilnehmer des sozialistischen Kongresses. Tausende versammelten sich vor dem Rathause, von dessen Balkon aus die sozialistischen Führer zu der Menge sprachen.

Als die Nationalisten eine Gegenkundgebung versuchten, entstand ein Kampf, bei dem es Verwundete gab. Die Ruhe trat erst ein, als das Militär die Verhafteten freigab und abzog.

Eine Note an Belgien. Seitens der deutschen Regierung wurde an den Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note übergeben, in der gegen die Verletzung der deutschen Hoheitsrechte auf dem rechten Rheinufer, die in Gestalt von Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger erfolgte, schärfster Protest eingelegt wird. Die Note ersucht, daß Maßnahmen getroffen werden, welche die Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausschließen.

Für den Frieden mit Rußland!

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.)

In Helsingfors fand eine stark besuchte Arbeiterversammlung statt, auf der eine Resolution angenommen wurde, worin die finnischen Arbeiter die Annullierung aller Kriegspläne gegen Sowjet-Rußland fordern, sowie die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und Einberufung des Reichstages zum Zwecke des Friedensschlusses.

Belgischer Ueberfall auf die Aachener Gewerkschaftsbureaus.

Eine große Heldentat haben am Freitag die belgischen Besatzungstruppen in Aachen begangen: Am Morgen erschienen mehrere Offiziere mit einem bis auf die Zähne bewaffneten Trupp Soldaten vor dem Hause Rudolphstraße 58, wo sich die Bureaus einer Anzahl Gewerkschaftsverbände befinden, und verlangten Einsicht in alle Schriftstücke. Zuvor jedoch wurden alle anwesenden Angestellten, auch die Schreibmaschinistinnen usw., verhaftet; es wurde „Hände hoch!" befohlen und jedem, der sich rühren würde, eine Kugel angedroht. Dann wurden die Verhafteten unter bewaffneter Eskorte wie Schwerverbrecher nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Nun erst begann die Haussuchung, wobei die Bureaus in vandalischer Weise verwüstet wurden; sämtliche Schlösser wurden erbrochen, Füllungen aus den Türen geschlagen, Akten und Kartotheken durcheinandergeworfen. Außerdem verschwanden aus fast allen Bureaus die Kassenbestände, bei den Transportarbeitern allein 800 M.

Angeblich handelte es sich um die Suche nach Bolschewisten und bolschewistischen Schriften. Der leitende belgische Offizier, ein Einäugiger, behauptete, daß die Bolschewisten auf seinen Kopf 5000 Franken gesetzt hätten. Das wäre sehr töricht, denn einen so guten Propagandisten für ihre Sache würden doch die Bolschewisten sicher nicht zu beseitigen streben.

Gemaßregelt, weil er beim Minister war.

Eigentümliche Auffassungen von den Rechten des Staatsbürgers hat der Kommandant der Berliner Sicherheitswehr, Herr v. Schönstadt. Kennzeichnend ist folgender Fall: Schon früher war an dieser Stelle die Rede von der plötzlichen Verabschiedung des Begründers der Sicherheitswehr, Major Meyn. Am 10. September 1919 begab sich nun eine Deputation von Vertrauensleuten der Sicherheitswehr zum Minister des Innern Heine, um bei diesem dafür einzutreten, daß dem zu Unrecht entlassenen Führer Genugtuung zuteil werde.

Für Major Meyn hatte diese Unterredung ein günstiges Resultat. Der Minister Heine ließ ihn kurz darauf zu sich kommen und bot ihm einen anderen ehrenvollen Posten in einer der größten Städte des Westens an, worüber wir berichteten.

Ganz anders verlief aber die Sache für die Vertrauensmänner der Sicherheitswehr, auf deren Eingreifen dieser Umschwung zurückzuführen war. Einer von ihnen, der Vertrauensmann J. der 6. Hundertschaft, wurde am nächsten Tage zu seinen Vorgesetzten gerufen. Dort wurde ihm erklärt: „Sie waren gestern beim Minister." (Auf welche Weise dies den Offizieren bekannt geworden ist, steht dahin.) J. gab das unumwunden zu. Darauf verlangte man von ihm, daß er die übrigen Mitglieder der Deputation angeben sollte. J. lehnte dieses ehrlose Ansinnen natürlich ab. Darauf erhielt er seine sofortige Entlassung. Die Vertrauensleute wurden zwar formal angehört, es wurde ihnen aber gesagt: Sie könnten entscheiden wie sie wollen, J. würde auf jeden Fall entlassen werden.

Gegen seine Entlassung reichte J. Beschwerde ein und berief sich in dieser auf den § 126 der Reichsverfassung, der jedem Deutschen das Recht gibt, mit seinen Beschwerden sich an die Regierung zu wenden. Er erhielt auf die Beschwerde folgenden Bescheid:

Kommando der Sicherheitswehr
Personalabteilung II
Tageb.-Nr. 1716/19. Biu.

Berlin, den 2. Oktober 1919.

Herrn Franz J.

Ihre mir eingereichte Beschwerde vom 23. 9. 1919 ist ungerechtfertigt. Es ist Ihnen von Seiten des Kommandeurs der Gruppe II nach Anhören der Vertrauensleute der Gruppe wegen Ungeeignetheit gekündigt. Die Ungeeignetheit liegt in Ihrer Beschwerdeführung bei dem Herrn Minister des Innern unter Umgehung der zuständigen Behörden. Der Artikel 126 der Reichsverfassung gibt Ihnen lediglich das Recht, sich schriftlich an die zuständige Behörde (hier Kommando der Sicherheitswehr) oder an die Volksvertretung zu wenden.

Im übrigen ist durch Schriftvergleichung festgestellt, daß Sie auch der Schreiber des Aufrufes vom 30. 8. sind. Diese Tat würde allein Ihre sofortige Entlassung rechtfertigen.

J. A. des P. P.
v. Schönstadt.

Zu dem letzten Absatz ist zu bemerken, daß dieser eine ganz andere Angelegenheit betrifft, von der bei der Vernehmung des J. überhaupt nicht die Rede gewesen ist. J. bestreitet entschieden, der Schreiber des Aufrufs vom 30. 8., der sich gegen die Entlassung des damaligen Vertrauensmanns Richter wendete, gewesen zu sein. Im übrigen wurde uns, der Redaktion des „Vorwärts", vor kurzem noch von leitenden Offizieren der Sicherheitswehr eine andere Person als der mutmaßliche Schreiber dieses Aufrufs bezeichnet und deren Entlassung mit dieser Tat begründet. Die plötzliche Heranziehung dieser durchaus ungeklärten Angelegenheit deutet darauf hin, daß Herr v. Schönstadt schließlich sich doch nicht getraut, mit der Teilnahme an der Ministerdeputation die Entlassung zu rechtfertigen.

An den Minister Heine richten wir folgende Frage: Er hat die Deputation empfangen und angehört; er hat wesentlich auf ihre Erklärungen hin dem Major Meyn Genugtuung verschafft. Duldet er es, daß jetzt auf die Angeberei irgendeiner Person seiner Umgebung hin ein Teilnehmer der Deputation gemaßregelt wird? Das ist unserer Meinung nach undenkbar, denn der Minister würde damit seine eigene Handlungsweise desavouieren.

Wann wird die Militärstrafgerichtsbarkeit aufgehoben?

Der Abgeordnete Genosse Landsberg hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht:

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 19. Februar d. J. hat der Preußische Herr Kriegsminister mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Plan gefaßt habe, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß von Militärpersonen begangene Straftaten, die nach dem Reichsstrafgesetzbuch zu ahnden seien, vor den bürgerlichen Richter kommen sollten.

Ich frage an, wann die Einbringung einer dieser Ankündigung entsprechenden Vorlage zu erwarten ist.

Gegen die Aufhebung der Militärstrafgerichtsbarkeit treiben zurzeit eine Anzahl höherer Offiziere lebhafte Propaganda, die ihren Sitz beim Grenzschutz Nord hat. Namentlich ein Oberkriegsgerichtsrat Dietz tut sich dabei hervor, indem er auch gefügige Vertrauensleute durch einseitige Darstellungen dahin beeinflußt, daß sie Kundgebungen für Beibehaltung der Militärgerichtsbarkeit unterzeichnen. Auch der Generalleutnant Albrecht als Oberbefehlshaber glaubt einen „Warnruf" in diesem Sinne nicht unterlassen zu dürfen. — Diesen Treibereien gegenüber erscheint uns notwendig, daß der angekündigte Entwurf bald kommt.

Das Alkoholverbot in Norwegen, das sich zu einer politischen Frage gestaltet hatte, ist jetzt zur Abstimmung gelangt. Das erste Ergebnis, das Dienstag abend um 9 Uhr vorlag, zeigt, daß 396 589 Stimmen für das Verbot und 272 641 Stimmen gegen das Verbot gestimmt haben. Bemerkenswert ist die verhältnismäßig geringe Zahl derer, die in der Hauptstadt Kristiania für das Verbot des Alkohols gestimmt haben: Es waren 18 542 Stimmen, während 60 977 Stimmen für die Beibehaltung des Alkohols eintraten.

Sozialismus.

Von Julius Zerfaß.

Sozialismus ist nicht Bruderschaft.

Sozialismus ist nicht Bruderschaft; er ist Gemeinschaft, und Brüderlichkeit ist Gesinnung. Die Menschheitsfamilie, der Sozialismus, ist Golfstrom aller Erdteile.

Aber da die Liebe zwischen Brüdern beim Erbe auseinanderstrebte, so wollet, daß der Sozialismus, das heiligste Vätererbe, enger zusammenführe.

So, daß aller Kampf nicht um das Erbe sondern für das Erbe geführt werde.

Denn Sozialismus ist auch Kampf! Durch Kampf geboren, wird er auch im Kampfe leben. Das durch Kampf erhöhte Leben ist Sozialismus. Die Brüderlichkeit aber bleibe der Golfstrom, der vom Herzen zum Herzen geht.

Der Wille zum Vollkommenen.

Sozialismus ist der Wille zum Vollkommenen, ist Heiland dieses Wollens.

Es gibt viele Wege zum Vollbringen solchen Willens.

Manche Christen suchen ihn abwegs der Welt in Askese, sie wollen vielem entsagen und glauben so alles zu gewinnen. Sie scheitern.

Sozialismus will: Gewinne alles und entsage nicht!

Was hülfe dir der Glaube, den Himmel gewonnen zu haben, wenn du die Aussicht auf Vollkommenheit im Sozialismus verlörest? Die Aussicht auf Freiheit, Liebe, Schönheit, Menschentum!

Der wahre Himmel blaut in allen Herzen, denen der Sozialismus Sonne ist.

Der Wille zum Vollkommenen aber ist das höchste Gesetz!

Einem Tapferen zum Gedächtnis. In den achtziger Jahren hat der Name Max Vogler für die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft zu den Hoffnungen gehört. Durch einen sozialen Roman, der der Verfolgung verfiel, und dann durch viele Arbeiten in der „Neuen Zeit" und der „Neuen Welt" wurde dieser Name weithin bekannt. Heute wissen freilich nicht allzuviele mehr von ihm. Aber es ist gut, daß der Genosse Linus Scheibe die Erinnerung an ihn auffrischt. Viel zu früh für die sozialistische Arbeiterschaft starb heute vor 30 Jahren in dem sächsischen Muldestädtchen Lungenau, seinem Heimatsort, dieser Mann, dem die westsächsischen Arbeiter großes Vertrauen entgegenbrachten. Das zu erringen, war damals unter dem Sozialistengesetz nicht so leicht wie heute. Da mußten die Sporen schwer verdient werden. Und Dr. Max Vogler hat redlich dazu beigetragen, wenn seit Jahrzehnten in ganz Westsachsen, von Leipzig über Chemnitz bis in das Vogtland hinauf, der sozialistische Gedanke tiefer in den Massen wurzelt, als das in mancher anderen Gegend in Deutschland der Fall ist.

Als Max Vogler 1889 die Augen nach kurzem aber qualvollem Leiden unter den Händen eines leichtfertigen Arztes für immer geschlossen, fühlten unsere tätigen Genossen am Grabe dieses erst 35jährigen, wie der alte Wilhelm Liebknecht ihnen aus dem Herzen sprach, als er sagte: hier sei mehr als ein Mann der Partei, hier sei ein Mann des Volkes ins Schattenreich gegangen. Vogler hat damals in der deutschen Schriftstellerwelt durch wissenschaftliche und erzählerische Arbeiten gutes Ansehen gehabt. Von seinen Arbeiten ist vieles pseudonym gedruckt worden. Einmal aber blitzte sein Name weit sichtbar auf. Das war 1884, als die Staatsanwaltschaft seinen Roman „Der Herr Kommerzienrat, eine moderne Geschichte", auf Grund des Schandgesetzes verbot, da sich ein bekannter sächsischer Großindustrieller, der in Chemnitz, dem Wohnort Voglers, eine große Spinnerei besaß, beleidigt fühlte. Die realistische Schilderung des Arbeiterinnenelends der damaligen Zeit fiel den Kapitalsgewaltigen auf die Nerven. Das Gericht konnte Vogler aber nichts anhaben wegen — Verjährung. Sein Roman jedoch blieb verboten und wurde nun natürlich um so begieriger gelesen. Daß ihm, dem Sohn eines achtundvierziger demokratischen Webermeisters, der Hang zur sozialen Kritik im Blute saß, hatte er schon 1880 mit einem Buch über die „Verwahrlosung der modernen Gesellschaft" bekundet. Das ethische Moment stand in dieser Schrift bei Vogler im Kampfe um die soziale Frage noch im Vordergrund; erst später gewann der Materialismus bei ihm die Oberhand. Aber die Arbeit war doch ein vortrefflicher Vorläufer des bekannten Nordauschen Werks über die „konventionellen Lügen der Kulturmenschheit".

Nach dem Verbot seines Romans geriet Vogler bald ganz auf die Bahn politischer Tätigkeit. Er opferte ihr seine dichterischen Pläne, schweren Herzens. In Krimmitschau und Burgstädt half er bei den neuen schwierigen Anfängen einer sozialistischen Presse. Treu nahm er auf sich, was der dornige Weg ihm dort verhängte. Er war eine freudige Idealistennatur, die in sich selbst ihre Kraft fand. Daß seine bürgerlichen Freunde ihm wegen seines mutigen Eintretens für die Arbeiterklasse den Rücken kehrten, verdarb ihm den Mut nicht. Er hielts mit seinem Liebling Ulrich von Hutten, von dessen Art er noch im Jahre seines Todes in der „Neuen Zeit" ein Bild entwarf. Wie Vogler war, das ist in den Versen ausgesprochen, die er schrieb, als die alten Freunde sich von ihm abwandten:

Du mußt der Welt dich recht geschmeidig zeigen,
Dich freundlich neigen, lächeln gegen alle
Und ganz besonders, was du denkst, verschweigen:
So steht es gut mit dir in jedem Falle.
Die Wahrheit ist der Grund, auf dem ich stehe,
Sie hab ich mir zur Führung auserlesen;
Was andere tun, was sonst um mich geschehe —
Ich bleibe immer, der ich stets gewesen!

August Gaul, der Berliner Meister, hat zu dem Fabelbuch des alten Karl Wilhelm Ramler, eine größere Folge von Tierlithographien geschaffen. Das Werk soll, auf der Handpresse gedruckt, in Subskription erscheinen.

Die Internationale der Technik. Das Präsidium des „Oesterreichischen Architekten- und Ingenieurvereins" hat eine Entschließung, die auf Grund eines Berichtes des Präsidenten Stadtbaudirektor Dr. Goldemund zu den wichtigsten technischen Bedingungen des Friedensvertrages von St. Germain Stellung nimmt, auch den wissenschaftlichen Körperschaften des feindlichen Auslandes zur Kenntnis gebracht, mit denen der Verein vor dem Krieg in Verbindung stand. Das Londoner Iron und Steel-Institut begrüßt es in seiner Antwort, daß die lange Zeit, während der die Verbindungen unterbrochen waren, glücklicherweise vorüber sei, und gibt der Hoffnung Ausdruck, die früheren freundschaftlichen Beziehungen zu den technischen und wissenschaftlichen Vereinen Deutschösterreichs wieder aufnehmen zu können.

Lucie Höflichs Streit mit Reinhardt ist noch nicht beendet. Am 14. Oktober wird aber die Künstlerin als Maria Stuart im Staatstheater auftreten. Inzwischen befassen sich die Minister Haenisch und Heine mit der Angelegenheit. Nach der „B. Z." bemühen sie sich um die gütliche außergerichtliche Beilegung des Streites. Sie stehen natürlich auf dem Standpunkt des Direktors Jeßner vom Staatstheater, der die von Frau Höflich gegenüber Reinhardt eingegangene Verpflichtung für hinfällig erklärt, und zwar auf Grund der zwischen Bühnengenossenschaft und Bühnenverein abgeschlossenen Vereinbarung, die am 10. Oktober in Kraft tritt.

Theater. In der Erstaufführung von B. Björnsons „Paul Lange und Tora Parsberg" in der Volksbühne am 11. Oktober, werden die Titelrollen von Friedrich Kayßler und Helene Feldmer gespielt. — Vom 16. Oktober ab gelangt täglich Paul Babers Drama „Das Gesetz" im Rose-Theater zur Aufführung.

Der Bund für proletarische Kultur veranstaltet gemeinsam mit dem Theater Tribüne eine Aufführung vor streikenden Metallarbeitern am 9. Oktober, 11½ Uhr vormittags, im Volkshause Charlottenburg. Aufgeführt wird die Tollersche Dichtung „Die Wandlung".

Aus Lassalles Schriften trägt am 9. Oktober, abends 8 Uhr, Max Schievelkamp im Harmoniumsaal, Stegliger Str. 35, vor.

Grete Wiesenthal hat ihre Memoiren geschrieben. Das Buch, das den Werdegang dieser lebensvollen Tänzerin von der Balletschule der Wiener Hofoper bis zu ihren großen Erfolgen schildert, erscheint im Ernst Rowohlt Verlag, Berlin.

Eine künstlerische Weltfriedens-Briefmarke. Der bekannte dänische Architekt Knud V. Engelhardt hat eine Weltfriedens-Briefmarke geschaffen, die er durch Vermittlung der französischen Regierung in den Weltpostverkehr einzuführen sich müht. Die Marke zeigt auf sein abgetönten blauen Grund die weiße gleiche Silhouette der Notre Dame zu Paris, über der in rotem Druck das von Strahlen umgebene Wort „Pax" sichtbar ist.

Adieu, Herr v. Massenbach!

Der bisherige Regierungspräsident von Potsdam, Freiherr v. Massenbach, hat seinen Abschied nehmen müssen und benutzt noch schnell die Gelegenheit, um in einer Abschiedskundgebung seinen Schmerz und seine monarchistische Gesinnung auszutoben. Sie lautet:

Auf meinen Antrag ist mir die Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt worden. Ich habe das mir von meinem Könige anvertraute Amt des Präsidenten der Potsdamer Regierung, das ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Dauer nicht führen konnte, ohne meinen politischen Ueberzeugungen zuwiderzuhandeln, heute in die Hand meines Herrn Vertreters niedergelegt. Allen Behörden und Selbstverwaltungskörperschaften, die mich durch vertrauensvolle und hingebende Mitarbeit in schweren und schwersten Tagen unterstützt haben, danke ich von Herzen.

Der Potsdamer Bezirk ist durch die Erniedrigung Preußens vor allen betroffen, die Erinnerung an seine ruhmreiche Geschichte wird ihm die Kraft zu neuem Aufstieg geben!

Freiherr von Massenbach, Regierungspräsident.

Die Zahl der Leute im Potsdamer Regierungsbezirk, die es als besondere Erniedrigung empfinden, daß Herr v. Massenbach sich von ihnen verabschieden muß, dürfte verschwindend sein. 90 Proz. der Bevölkerung rufen ihm ein fröhliches: „Auf Nimmerwiedersehn!" nach.

König Rotbart als Reichsverweser. Für die immer mehr ans Pathologische grenzende Geistesverfassung der Alldeutschen zeugt ein gedrucktes Zirkular, das uns zugesandt wird. Es ist unterzeichnet „Der Deutsche König Friderich der Rotbart", geschmückt mit dem Wappenschild eines Adlers und allerhand an Runen gemahnenden Zeichen. Der Rotbart kündigt an, daß er nach der Flucht Wilhelms als der heimliche Kaiser sogleich das Zepter ergriffen habe und erläßt in pompösem Stil allerhand Befehle, die in ihrer unfreiwilligen Komik zwerchfellerschütternd wirken. Man könnte das Ganze für das Werk eines armen Geisteskranken halten, aber arm ist der Verfasser sicher nicht, denn das Zirkular oder Flugblatt ist in kostbarster Ausstattung und zweifarbigem Druck auf allerbestem Papier hergestellt und muß ein Heidengeld gekostet haben, so daß wir annehmen, daß an seinen Kosten eine ganze Anzahl „Deutschgeboren" beteiligt sind.

Zwei Schriften zur Verfassung. Nachdem das Werk der Reichsverfassung unter Dach und Fach gebracht und damit ein Rechtszustand für ganz Deutschland, der sich wesentlich von dem früheren unterscheidet, getroffen ist, braucht es nicht wunderzunehmen, daß zu gleicher Zeit zwei Sozialisten sich in Schriften, aus denen wir bereits vor einiger Zeit auszugsweise einige Abschnitte mitteilen konnten, mit dem Problem der Verfassung auseinandergesetzt haben. Die Broschüre des Genossen Dr. Max Quark „Der Geist der neuen Reichsverfassung" (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin) geht auf die Grund- und Kernfragen der neuen deutschen Reichsverfassung ein. Sie beleuchtet mit begrüßenswerter Klarheit den Vereinheitlichungsgedanken, der wie ein roter Faden das Verfassungswerk durchzieht und in den Bestimmungen über das Zoll- und Handelsgebiet, sowie in der Aufhebung des Systems der Matrikularbeiträge seinen deutlichsten Ausdruck findet. Da Genosse Quark der sozialistische Mitvorsitzende des Verfassungsausschusses war, so ist er in der Lage, von der Entstehung der Verfassung manches Wesentliche mitzuteilen, was bisher der Oeffentlichkeit entgangen war. Im Anhang ist die Schrift mit dem genau nach dem Reichsgesetzblatt durchgesehenen Wortlaut der Verfassung versehen.

Von einem anderen Gesichtspunkte aus beleuchtet Genosse Friedrich Stampfer in einer Schrift: „Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus" (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin) das Problem. Er untersucht es unter kritischer Würdigung der Beziehungen zwischen Verfassung und Arbeiterklasse. Ausgehend von dem Fundamentalsatz des Art. 1 der Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", prüft er die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und die Mittel hierzu. Stampfer widerlegt die unabhängig-kommunistische Dialektik, nach der die Aenderung der Verfassung nur ein Werk der Gewalt sein könne, und weist nach, daß die Verfassung selbst die Mittel zu ihrer eigenen Veränderung auf demokratischem Wege durch Volksinitiative und Reichstagsbeschluß angibt. Indem sich Stampfer mit den Artikeln, welche die Frage des Privateigentums, des Erbrechts und anderer bürgerlicher Einrichtungen enthalten, auseinandersetzt, weist er die bereits in der Verfassung enthaltenen Keime zu einer weiteren Entwicklung nach, zu einer allmählichen Beseitigung des starren Eigentumsbegriffes, ohne jedoch den Kompromißcharakter des Verfassungswerkes zu übersehen. Dieser Kompromißcharakter aber ist eine Folge der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, und so prägt Stampfer für die Einigung des Proletariats die Formel, die bestimmt sein dürfte, die Phrase von der Einigung auf dem Boden der Räterepublik künftighin abzulösen: das Verlangen nämlich nach der Einigung des Proletariats auf dem Boden der Verfassung.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse beobachtete die Spekulation größere Zurückhaltung, so daß das Geschäft sich nur auf einzelnen Gebieten etwas reger gestaltete. Besondere Beachtung fanden wieder Kolonialwerte, und zwar Deutsche Kolonialgesellschaft und Pomonagesellschaft, deren Anteile um 150 bzw. 200 Proz. anzogen. Petroleumpapiere waren wenig verändert. Auch amerikanische Bahnen verkehrten ungefähr auf letztem Kursstand. Montanwerte gaben zumeist etwas nach. Auch Schiffahrtsaktien waren vorwiegend schwächer, dagegen wurden Elektro-, Farb- und Rüstungspapiere zu höheren Kursen dem Markte entnommen. Von heimischen Renten zeigte sich Kaufbegehr für Kriegsanleihen, die ungefähr ½ Proz. gewannen.

Groß-Berlin

12 000 Notwohnungen in Groß-Berlin.

In der gestrigen Sitzung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin, die im Berliner Rathause unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth stattfand, erstattete zunächst der Geschäftsführer des Verbandes, Stadtbaurat Beuster, eingehenden Bericht über die gegen die Wohnungsnot in Groß-Berlin bisher getroffenen Maßnahmen. Es ging daraus hervor, daß seit Anfang des Jahres 8000 neu Notwohnungen in Groß-Berlin hergestellt worden sind, während bis zum Winter noch weitere 2000 zu erwarten sind. Vom Verband selbst sind zurzeit 900 Wohnungen in Baracken und Holzhausbauten in Ausführung begriffen, die bis zum Eintritt des Winters fertiggestellt sein sollen. Von den 5500 bezuschußten Wohnungen in Dauerbauten werden infolge des Versagens der staatlichen Baustoffbewirtschaftung durch planlose Verteilung der Baustoffe noch nicht 1000 bis zum Winter fertiggestellt werden können, während etwa 3000 unfertig überwintern müssen. Der Verbandsausschuß lehnt für die Groß-Berliner Gemeinden die Verantwortung hierfür ab, nachdem von den Staatsbehörden auf die rechtzeitigen Vorstellungen des Wohnungsverbandes nicht gehört worden ist, und hat einen Ausschuß unter Führung des Oberbürgermeisters Wermuth beauftragt, beim Wohlfahrtsminister persönlich mit allem Nachdruck auf durchgreifende und schnelle Aenderung zu dringen.

Insgesamt werden bis zum Winter 11—12000 neue Wohnungen, sei es als Notwohnungen, sei es als Dauerbauten errichtet werden. Hierzu treten die von den Kriegsgesellschaften, militärischen Behörden usw. zurückgewonnenen Wohnungen. Ob diese Zahl ausreichen wird, ist noch nicht zu übersehen, da der Zuzug zurzeit außerordentlich stark ist. Durchschnittlich melden sich auf der Verteilungsstelle des Wohnungsverbandes täglich 70 neu angekommene Flüchtlingsfamilien. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, die Maßnahmen zur Teilung großer Wohnungen und zur Zwangseinquartierung in Groß-Berlin in Gang zu setzen, und auf Veranlassung des Wohnungsverbandes sind alle Groß-Berliner Gemeinden mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Die Aufrufe an die Besitzer großer Wohnungen sind in diesen Tagen erschienen, und es ist den betreffenden Wohnungsinhabern dringend zu raten, zur Vermeidung der Zwangseinquartierung freiwillig eine Familie als Untermieter aufzunehmen. Das Nähere erfahren sie auf den örtlichen Wohnungsämtern oder den Gemeindevorständen. Abgabepflichtig sind alle Räume, die die Zahl der Bewohner einschließlich der Hausangestellten um mehr als eins überschreiten. Der Verbandsausschuß will zurzeit davon absehen, für Groß-Berlin Zuzugsbeschränkungen zu erwirken, die für Handel und Verkehr sehr lästig wirken würden, läßt aber die dringende Warnung vor weiterem Zuzug nach Groß-Berlin ergehen, da es bald nicht mehr möglich sein wird, für die Ankömmlinge Obdach, geschweige denn Wohnung zu beschaffen. Ferner wurde der Errichtung einer Verteilungsstelle für alle von außerhalb Zuziehenden beim Wohnungsverband zugestimmt. Die Verteilungsstelle ist schon seit zwei Wochen in Tätigkeit.

Eine Liebestragödie spielte sich gestern abend in dem Hause Neunynstraße 84 ab. Der 49 Jahre alte Hilfsarbeiter Max Kantsch aus der Stalitzer Straße 105 geriet dort während des Besuchs bei seiner Geliebten mit dieser in Streit, verletzte sie erheblich durch Messerstiche in den Arm und Unterleib und vergiftete sich dann auf dem Boden des Hauses.

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt die Polizei. In einem D-Zug, der von Düsseldorf nach Berlin fuhr, wurde gestern abend während der Fahrt ein Mann im Abortraum tot aufgefunden. Er wurde festgestellt als ein 46 Jahre alter Kaufmann Eduard Löwenstein aus Witten a. d. Ruhr. Ein mitreisender Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen. Die Leiche wurde deshalb bei der Ankunft des Zuges in Berlin beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Ein Verbrechen liegt nicht vor, da die Tür des Raumes von innen verriegelt war.

Biophon-Theater-Lichtspiele. Potsdamer Str. 38, Freitag „Arme Thea" nach dem Roman von Rudolf Stratz.

Verloren. Einem Streikleiter der Siemenswerke ist eine grüne Stofftasche mit 2 Verbandskarten, zirka 15 Streikkarten und 2 Listen in einem Zuge nach der Schönhauser Allee verloren gegangen. Die Sachen sind abzugeben im Lokal Tegeler Weg 97.

Marienfelde. Gemeindevertretersitzung. Die in der Sitzung vom 20. September erfolgte Wahl der einzelnen Kommissionen wurde infolge eines Formfehlers beanstandet. Vom Gemeindevorstand wurde vorgeschlagen: In Anbetracht, daß neuerdings auch Anwesenheitsgelder für jede Kommissionssitzung gezahlt werden, soll die Kopfzahl der einzelnen Kommissionen herabgesetzt werden und die Sitze nach dem Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien verteilt werden; die Linke (einschließlich Demokraten) erhielt dann 12 und die Rechte 7 Sitze. Die Wahl erfolgte durch Zuruf. Auf Antrag des Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung wurde ein jährlicher Beitrag von 50 M. bewilligt unter der Bedingung, daß wenigstens ein Vortrag in Marienfelde stattfindet. Sodann wurde noch mitgeteilt, daß der Gemeindevorsteher Dr. Klourfaß weitere 14 Tage Erholungsurlaub erhalten hat.

Wilmersdorf. Die Volkshochschule (Geschäftsstelle: Rathaus, Brandenburgische Straße 1, Zimmer 38, Dienstags und Freitags 3—5 Uhr) kündigt für Oktober—Dezember folgende Lehrgänge an: 1. Eduard Bernstein: Sozialistische Fragen der Gegenwart. 2. Schubert: Neue Reichsverfassung. 3. Kestriepke: Staats- und Gesellschaftsideale. 4. Schneider: Deutsche Dichtung der jüngsten Zeit. 5. Goette: Revolution von 1789. 6. Burkhardt: Einführung in das Verständnis musikalischer Kunstwerke. 7. Werner: Werke mittelalterlicher Deutscher Kunst. 8. Krogmann: Deutsche Kunst im 19. Jahrhundert. 9. Müller-Freienfels: Nietzsche. 10. Lehn: Schulprobleme der Gegenwart. 11. Klose: Geologie. 12. Oppermann: Stellung des Menschen in der Natur vom Standpunkt der Entwicklungslehre. 13. Schulze: Experimentalphysik. 14. Lemke: Elektrizitätslehre. 15. Busse: Chemie des täglichen Lebens. 16. Stolp: Ernährung des Menschen (wie ernähre ich mich am billigsten?). 17. Lindner: Deutsche Landschaften und Volksstämme. 18. Heinitz: Mathematik II. 19. Löbbecke: Mathematik für Anfänger. 20. Miethe: Unsere engere Heimat im Weltraum.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hennigsdorf. Am Donnerstag auf Zettelkarte 50 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine; bei Heikmann für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre und Leute über 70 Jahre alt je 2 Pakete Keks. Bezugsscheine hierfür in der Lebensmittelabteilung. Am Freitag auf 4 A 250 Gramm Haferflocken, auf 5 A 250 Gramm Nudeln. Am Sonnabend auf B 8 500 Gramm Bohnen, auf B 9 150 Gramm Bohnenmehl. Außerdem geben die Geschäfte Panin (Maismehl) und Trockenkonserven (Heereskonserven) markenfrei ab. Für Säuglinge stehen bei Tigges und im Konsum gegen Vorlage der Kinderbrotkarte einige Büchsen Nährzucker zum Verkauf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

S. P. D.-Beamte der Angestelltenversicherung. Die Beamten (auch Unterbeamten) der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Bülmersdorf, die der S. P. D. angehören, versammeln sich zu einer sehr wichtigen Besprechung Donnerstag, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr, im Restaurant Schäfer, Wilmersdorf, Ecke Brandenburgische und Mannheimer Straße (Untergrundbahn Fehrbelliner Platz). Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Niemand darf fehlen.

Charlottenburg. 13. Gruppe. Donnerstag, 7 Uhr: Gruppenversammlung bei Zweig, Kant-, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Vortrag des Genossen Siefert. 7. Gruppe. Freitag, 7 Uhr: Gruppenversammlung im „Lützow-Garten", Am Lützow 9, Vortrag: Das Erfurter Programm".

— Donnerstag ½8 Uhr: Konferenz der weiblichen Funktionäre bei Prill, Kniesebeckstr. 2.

Tempelhof. Heute Zahlabend in allen Bezirkslokalen. — Die Betriebsvertrauensleute erhalten das Mitteilungsblatt im Zahlabend.

Friedrichshagen. Heute 8 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 50, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Lehrer Kleemann über: Schulfragen. Bericht von der Kreiskonferenz. Gäste willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Monistenbund. Freitag 7½ Uhr im Lyzeum-Klub, Lützowplatz 8, Lehrkursus von Herrn Universitätsprofessor Dr. Nikolai. Thema: „Soziale Instinkte bei Tieren und Menschen".

Vereinigung sozialistischer Lehrer Groß-Berlins, S. P. D.-Fraktion. Freitag, nachmittag 5 Uhr: Versammlung in der Aula Hinter der Garnisonkirche. 1. Wir und die Parteien. 2. Wahlen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Metallarbeiterstreik.

In der Streiklage selbst hat sich wenig geändert. Auch heute wieder sind einige Betriebe in den Streik einbezogen worden und hat sich die Zahl der Streikenden dadurch weiter erhöht. Heute mittag finden beim Reichsarbeitsminister wiederum Besprechungen statt, in denen von dritter Seite neue Verhandlungsvorschläge gemacht werden sollen. Ob diese Aktion von Erfolg sein wird, bleibt abzuwarten. Es wäre jedoch zu wünschen, daß endlich auf beiden Seiten die Einsicht Platz greift, daß eine Bewegung von so großem Umfange letzten Endes nur auf dem Verhandlungswege zu erledigen ist.

Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter.

Die Befürchtung, daß der Metallarbeiterstreik auf die lebenswichtigen Betriebe, wie Gas und Elektrizität, übergreifen würde, scheint behoben zu sein. Die Forderungen der städtischen Arbeiter, gestellt aus der wachsenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse, sind gestern durch einen Schiedsspruch wenigstens so weit erfüllt worden, daß die beteiligten Arbeitervertreter den Spruch anerkennen konnten und bei ihren Mandatgebern für die Annahme des Schiedsspruches eintreten werden.

Das von den städtischen Arbeitern gestellte und bis Mittwochmittag befristete Ultimatum hatte bewirkt, daß am Dienstagnachmittag im Charlottenburger Rathaus Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitnehmer stattfanden. Die Verhandlungen leitete Oberbürgermeister Mitzlaff-Bromberg, der Vorsitzende des Deutschen Städtetages. Für die Stadt Berlin war Stadtrat Seckt, für die Gemeinde- und Staatsarbeiter deren erster Vorsitzender Heckmann erschienen. Ferner hatten der Transportarbeiterverband, der Verband der Heizer und Maschinisten und der Gemeindearbeiterverband Vertreter entsandt. Es wurde von den Gemeinden zunächst ein Vermittlungsvorschlag dahingehend gemacht, daß man den städtischen Arbeitern zu ihrem bisherigen Grundlohn einen Zuschlag von 20 Pf. pro Arbeitsstunde gewähren wolle. Ferner sollte die bisherige Lohnabstufung zusammengezogen werden. Man wollte die vorletzte Lohnstufe als Unterlage für die Gehaltsfestsetzung nehmen. Die letzte und höchste Stufe sollten die Arbeiter nach einem Jahr erreichen können. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt und man vertrat die Forderung, daß als Grundlohn 2,70 M. pro Stunde für ungelernte Arbeiter verlangt werden müsse. Das Schiedsgericht setzte schließlich als Grundlohn den Betrag von 2,60 resp. 2,70 M. für ungelernte Arbeiter fest, für gelernte Arbeiter soll der Stundenlohn 2,90 resp. 3 M. betragen. Auf Einzelheiten des durch den Schiedsspruch geschaffenen Lohntarifs, der bis zur Stunde noch nicht vorliegt, werden wir noch zurückkommen.

Wenn der Schiedsspruch, wie alle durch friedliche Vereinbarungen zustande gekommenen Ausgleiche, auch nicht voll die Forderungen der Arbeiter erfüllt, so ist doch im Interesse der stetigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu wünschen, daß er in der heute abend stattfindenden Versammlung der Vertrauensleute der Arbeiter Annahme findet.

Unabhängige Gewerkschaftsstrategie.

Zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in der Holzindustrie besteht bekanntlich ein Konflikt, der aus der Ablehnung des nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien vereinbarten Reichstarifvertrages durch die Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes herrührt. Die Unternehmer verlangen, daß die Bestimmungen über die Betriebsräte und über die Regelung des Lehrlingswesens aus dem Vertrag entfernt werden, während sich der Deutsche Holzarbeiterverband auf den Standpunkt stellt, daß die Verhandlungen über Einzelfragen abgeschlossen sind und nur noch die Annahme oder Ablehnung des Vertrages im ganzen in Frage kommen kann. In zahlreichen Orten befinden sich die Holzarbeiter im Kampf um die Durchführung des Reichstarifs und in einer Reihe von Städten ist er auch bereits von den Unternehmern anerkannt worden.

Die Berliner Holzarbeiter haben in dem Kampf um den Reichstarif eine eigene Stellung eingenommen. Auf der Städtekonferenz des Verbandes stimmten die drei Berliner Vertreter aus grundsätzlichen Bedenken gegen den Reichstarif. Wie der Bevollmächtigte Siegle in der Berliner Vertrauensmännerversammlung ausführte, sollte mit dieser Abstimmung zum Ausdruck gebracht werden, „daß nicht anerkannt wird, dem Kapitalismus eine Lebenszeitverlängerung bis zum 15. Februar 1921 zu gewähren". Die Vertrauensmänner haben diese Stellungnahme gebilligt. Es bestanden übrigens auch sachliche Bedenken gegen den Vertrag. So erschienen die im Vertrage festgelegten Mindest- und Durchschnittslöhne für Berlin zu gering, auch die Festlegung von Zuschlägen für Ueberstunden widerspricht dem Herkommen in Berlin; hier soll daran festgehalten werden, daß eine Ueberschreitung der wöchentlichen Arbeitszeit überhaupt unzulässig ist. Trotz ihrer grundsätzlichen Bedenken trat die Berliner Ortsverwaltung im Einverständnis mit den Vertrauensmännern mit der örtlichen Organisation der Unternehmer in Verhandlungen. Es wurde auch eine Einigung erzielt, über welche im „Vorwärts" in der Morgenausgabe vom 8. Oktober berichtet wurde.

Jetzt veröffentlicht die „Fachzeitung der Tischlermeister" den Wortlaut des getroffenen Abkommens, das namens der Arbeiter von Siegle unterzeichnet ist. Dieses Abkommen dürfte für die Berliner Holzarbeiter eine eigenartige Ueberraschung bedeuten. Das Abkommen lehnt sich eng an den Inhalt des Reichstarifs, aber es weicht in wichtigen Punkten von diesem ab. Auf die höhere Normierung der Mindest- und Durchschnittslöhne hat die Verwaltung verzichtet. Die Teuerungszulagen und die Löhne sind in der gleichen Höhe festgesetzt wie im Reichstarif. Die Ferien sind abweichend vom Reichstarif geregelt. Dieser sieht nach halbjähriger Beschäftigung drei Tage Ferien vor, steigend nach jedem weiteren Beschäftigungsjahr um je einen Tag bis zur Dauer von sechs Tagen. Für Berlin ist nun vereinbart, daß allgemein nur drei Tage Ferien gewährt werden, allerdings an alle Arbeiter, die seit dem 1. Juli 1919 in einem Betriebe beschäftigt sind. Den Verzicht derjenigen, die Anspruch auf eine längere Feriendauer hätten, zugunsten derer, die nach dem Wortlaut des Reichstarifs überhaupt keinen Anspruch hatten, kann man allenfalls verstehen, wiewohl es bedenklich erscheint, jetzt, wo in der Holzindustrie der Kampf um den Reichstarif geführt wird, örtlich abweichende Vereinbarungen zu treffen. Die Festsetzung der Höhe der Montagezuschläge überläßt der Reichstarif der örtlichen Vereinbarung; nur ein Mindestsatz ist festgelegt, der nicht unterschritten werden darf. Für Berlin hat man sich mit diesem Mindestsatz zufrieden gegeben, der für die zurückgebliebensten Orte gedacht war.

Das stärkste Stück, das sich die radikale Berliner Ortsverwaltung unter Führung des prinzipienfesten Bevollmächtigten Siegle geleistet hat, ist aber der glatte Verzicht auf die strittigen Teile des Vertrags, denen die Unternehmer so großes Gewicht beimaßen, daß sie daran den Reichstarif scheitern ließen. In dem Berliner Abkommen ist weder von der Rege-

Heute Parteiveranstaltungen in den Bezirken Groß-Berlins!

Parteigenossen, beteiligt Euch recht zahlreich daran!

lung des Lehrlingswesens noch von den Rechten der Betriebsräte auch nur mit einem Wort die Rede. Das ist eine starke Leistung. Man vergegenwärtige sich nur die Lage: Die Zentralleitung des Holzarbeiterverbandes, der von den gesinnungstüchtigen Berliner Funktionären bei jeder Gelegenheit Arbeiterverrat und ähnliche schöne Dinge vorgeworfen werden, zwingt den Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes, Bestimmungen, welche die Rechte der Betriebsräte umschreiben, in den Vertrag aufzunehmen, die Vertreter der Berliner Verwaltung, welche das Bekenntnis zum wahren Rätesystem als Voraussetzung für die Wahl zu einem Vertrauensamt betrachtet, verzichten auf die Sicherung der Rechte der Betriebsräte durch den Vertrag!

Man hätte ein solches Verhalten allenfalls noch verstehen können, wenn andere wichtige Zugeständnisse dagegen eingetauscht worden wären. Aber nichts von dem. Die Unternehmer haben das Verlangen nach höherer Normierung der Vertragslöhne abgelehnt und Siegle und Genossen haben sich damit abgefunden. Noch mehr. Die Berliner Vertreter des Arbeitgeberschutzverbandes sind auf ihrer Generalversammlung für die unveränderte Annahme des Reichstarifs eingetreten. Sie haben sich also mit der vertraglichen Regelung des Lehrlingswesens und der Rechte der Betriebsräte abgefunden, und sie haben die Berliner Verwaltung der Holzarbeiter von dieser ihrer Haltung auf der Generalversammlung offiziell unterrichtet. Die Unternehmer verlangten in dem Schreiben, in dem sie ihre Bereitwilligkeit zu verhandeln erklärten, nur daß über Ferien und Montagezuschläge verhandelt werde; im übrigen stellten sie sich auf den Boden des Reichstarifs. Bei den Verhandlungen haben sie offenbar die Qualität ihrer Gegner richtig erkannt, und so ist es ihnen gelungen, viel mehr zu erreichen, als sie ursprünglich beabsichtigt hatten.

Die Vertreter der Berliner Holzarbeiter haben nicht nur keine Verbesserung der materiellen Vertragsbedingungen durchgesetzt und sich bei den Montagezuschlägen mit den Mindestsätzen abfinden lassen, auch die vertragliche Regelung des Lehrlingswesens und der Betriebsräte haben sie preisgegeben. Sie haben dadurch nicht nur die Interessen der Berliner Holzarbeiter geschädigt, sie sind auch den Holzarbeitern im Reich, die den Kampf um den Reichstarif führen, in den Rücken gefallen. Die Jubeltöne, mit denen das Unternehmerorgan den Abdruck des von Siegle unterzeichneten Abkommens begleitet, sind begreiflich. Allerdings ist der Jubel verfrüht, denn die Wahrnehmung der Interessen der Holzarbeiter liegt nicht überall in den Händen solch eigenartiger Strategen wie in Berlin. Aber der Vorgang ist sehr lehrreich für die Arbeiter. Für die erfolgreiche Führung des Gewerkschaftskampfes genügen eben nicht radikale Redensarten und die richtige politische Gesinnung, dazu gehören auch einige Fähigkeiten, mit welchen die Berliner Verwaltung der Holzarbeiter offenbar nicht belastet ist.

Die Bewegung in den Annoncenexpeditionen.

Die Verhandlungen der Angestellten mit den Arbeitgebern haben bis jetzt noch kein Resultat ergeben. Die Gehaltssätze, die die Arbeitgeber bieten, bleiben erheblich zurück hinter den keineswegs unbescheidenen Forderungen der Angestellten. Unter diesen Umständen konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Als die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt waren, trat die Firma „Ala" (Allgemeine Anzeigen G. m. b. H.) mit einem Tarifentwurf hervor, über den sie bereits mit ihren eigenen Angestellten verhandelt hat. Dieser Entwurf, der für die Angestellten günstiger ist, als die bisherigen Angebote der Arbeitgeber, soll als Grundlage der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband dienen, die am Sonnabend fortgesetzt werden.

Das ist die Situation, wie sie am Dienstagabend einer Versammlung der Angestellten geschildert wurde. In der Versammlung machte sich eine starke Strömung für den sofortigen Eintritt in den Streik bemerkbar. Besonders waren es Angestellte der Firma Haasenstein u. Vogler, die dem Streik das Wort redeten. Die Angestellten der Firma „Ala" wollen dagegen die weiteren Verhandlungen abwarten. Sie sind aber willens, sich an einem Streik zu beteiligen, wenn ihr Tarif nicht angenommen werden sollte. Angesichts dieser Situation nahm die Versammlung von einem Streikbeschluß Abstand. Man wird das Ergebnis der am Sonnabend fortgesetzten Verhandlungen abwarten und von dem Ausfall derselben die weitere Stellungnahme der Angestellten abhängig machen.

Lohnerhöhung für Droschkenkutscher.

Zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung ist nach längeren Verhandlungen eine Einigung dahin erzielt, daß ab 15. Oktober 1919 den Führern 80 Proz. von der Gesamteinnahme gewährt werden. Zugleich soll bei der Verkehrsstelle des Polizeipräsidiums um Erhöhung der Grundtaxe von 70 Pf. auf 1 M. nachgesucht werden. Der Lohn beträgt somit ab 15. Oktober für Pferdedroschkenführer 2 M. und 30 Proz. der Gesamteinnahme.

Gegen die Organisationszersplitterer.

Die Steinsetzer und Berufsgenossen in Charlottenburg beschäftigten sich in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung mit dem organisationszerstörenden Treiben der Opposition im Verbande. Nach lebhafter Aussprache wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Mit schmerzlichem Bedauern nimmt die Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen Kenntnis von den Vorkommnissen in Berlin. Sie erblickt in dem unverantwortlichen Treiben einzelner eine schwere Gefahr für die Organisation, die derselben auf die Dauer nicht Stand halten kann. In letzter Minute mahnt sie zur Einsicht. Die Resolution Petrick macht sie zu der ihrigen.

Weiter wurde von den Versammelten zur Lohnbewegung einstimmig folgender Antrag angenommen: Die Filiale Charlottenburg beauftragt die Schlichtungskommission, sofort Schritte zur Unterhandlung zwecks Aufbesserung unserer Löhne ab 1. Oktober zu unternehmen. Wir erkennen die Schlichtungskommission als maßgebende Instanz dazu an.

Tarifvertrag für Wächter.

Wie uns der Transportarbeiter-Verband mitteilt, sind bei der Wachgesellschaft Berlin und Nachbarorte (Krenz & Co.), Friedrichstraße 125, die Forderungen der Wächter durch Abschluß eines Tarifvertrages anerkannt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1), Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und aller in den Betrieben, welche dem Arbeitgeber-Schutzverband für Mechanik und Optik angeschlossen sind. Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern dieser Gruppe. 2. Wollen die Kollegen das Lohnabkommen annehmen? 3. Diskussion. 4. Abstimmung. Alle Kollegen müssen erscheinen! Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung sämtlicher Fabrikvertrauensleute am Freitag, den 10. Oktober, abends 5½ Uhr, Schultheiß Neue Jakobstr. 24/25. Tagesordnung: Streik in der Metallindustrie. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.

Kollegen und Kolleginnen der Firma E. Zwietusch u. Co., Charlottenburg. Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Betriebsversammlung im Volkshause, Rosinenstraße. Der Arbeiterrat.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5:
Allgemeine Vertrauensmänner - Sitzung
sämtlicher Fabrik-, Tiefbau- u. Hochbaufirmen.
Es ist Pflicht der Vertrauensleute, zu dieser Sitzung zu erscheinen.
254/11 Der Vorstand. J. A.: F. Benada.

Aus erster Hand
reelle Matratzen, dreiteilig 46,— ab Lager: W. Reinecke, Katzbachstr. 25 pt. Prima Stahlmatr. für Holzbettst. 45,— mit Gegenl. 50,—. Ruhebetten 100,—. Metallbettst. mit Messing. Kinderbettstellen enorm billig.

Verband der Tapezierer
Am Donnerstag, den 9. Oktober 1919, abends Punkt 7 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße:
Mitglieder - Versammlung
Tagesordnung:
1. Das Angebot der Unternehmer bei der Tarifverhandlung.
2. Diskussion.
3. Fortsetzung der Diskussion über den Verbandstagbericht und der Verschmelzungsfrage.
4. Verschiedenes.
Jedes Mitglied hat die Pflicht, zu der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Stoffe für **Herren-Anzüge, Damen-Kostüme.** Meter 30,—, 40,—, 60,—, 80,— M. Tuch-Lager **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20-21.

Rechtsbeistand Dresdener Str. 111 Aufgang 2. Allerbilligste Prozeßführ. Alimenten-, Ehescheidungs-, Strafsachen. Beobacht. Ermittelungen.

Neu erschien: **Der Tripper** und seine Heilung. Für jeden Erwachsenen wichtige Schilderung betreffend Entstehung, Heilung und Vorbeugung des Trippers von d. bek. Berliner Spezialarzt Dr. med. J. Gehrmann. Bezug geg. Einsendg. v. 1,60 Mk. oder Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 303, Berlin NW 87.

Juckkrätze verschwindet in wenig. Tagen d. Reichels Krätzebalsam, der auch in den hartnäckigst. Fällen vollkommen sicher wirkt. Fl. 6,60. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Gelegenheitskäufe in **Uhren** Brillant- u. Goldsachen. **G. Schliephacke,** Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Lombard-Haus H. Graff, Leipz. Str. 75 II. Zentrum 1964. Höchste Beleihung. Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen. 10—50% unt. Ladenpr.

Kuhla-Pianos Verkauf im Fabrikmagazin N 31, Wattstr. 17/18.

Elektro-Motore Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft Elektromechanik Zentrum Kurzestr. 15. Tel.: Alex. 4783

Verkäufe

Pelzgarnituren kaufen Sie nicht, bevor Sie im Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof) waren. Riesen-Räumungsverkauf zu spottbilligsten Sommerpreisen! Fuchsformkragen! 55,—, Alaskafüchse 100,—, Skunksgarnitur, Steinmarder, Rotfüchse, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Uhrenverkauf, Goldwarenlager.

Wintermäntel 47,—, prima 68,—, Flauschulster, Tuchmäntel, Modellneuheiten, Seidenmäntel, Herbstkostüme 85,—. Kallweit, Charlottenburg, Bismarckstraße 58 II.

Elektromotore, 220 Gleichstrom bis zu 2 PS. haben laufend abzugeben Gebrüder Sandmeyer, Markgrafenstraße 65a. 70K

Schuhhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pintscher, Schäferhunde verkauft Schafflaud, Palisadenstraße 25. 54/14*

Sealmäntel, Kreuzfüchse. Die schönsten Sealmäntel, Kreuzfüchse, Gelegenheiten, finden Sie im Blauen Bazar, Kaiser-Wilhelmstraße 16, beim Alexanderplatz. Riesenauswahl, reell, preiswert. 101K*

Kreuzfüchse, Alaska-Blaufüchse, prima, von 96—325,—. Gelegenheit in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herrenanzüge, Paletots, von 85—250,—, hochelegant. Gelegenheit in Damenkostümen, Plüschmänteln, Astrachanmänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen, unter Taxpreisen im Leihhaus Moritzplatz 58 a. 117K*

Tapeten, Tapetenkleister, Wachstuche, Gummiunterlagen, Dauerwäsche verkauft Saßat, Tapetengeschäft, Koloniestraße 9.

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie allerbilligst Pelzkragen, Muffen, Skunks, Rotfüchse, Alaska, Kreuzfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, Herrengarderobe. 125K*

Kreuzfüchse, Blaufüchse, Silberfüchse, Rotfüchse, Weißfüchse, Alaskafüchse von 78,—, echter Skunkskragen 165,—, große Pelzgarnituren 88,—, verkauft Rabecki, Lessingstraße 28, eine Treppe (Bellevue). 135K*

Zentralbobbin, Singerlangschiff, Fabrikat Haid u. Neu, auch gebraucht. Ratenzahlung gestattet. Kalisch, Nürnbergerstraße 64, Chausseestraße 73/74.

Beschleunigter Totalausverkauf. Pelzleihhaus Wegner, Potsdamerstraße 48. Wegen Krankheit Auflösung meines Lagers. Nur neue echte Pelzwaren, als Pelzmuffen 9,75 an, Pelzpelerinen 33,— an, Pelzkragen, Fuchsfasson, 48,— an, echte Fuchskragen, glasfarbig, 75,— an, echte Rotfuchskragen 95,— an, Kreuzfuchskragen 125,— an, Skunkskragen 150,— an, Silberfüchse, Zobelfüchse, Sealbisamkragen, Damenpelzmäntel, Backfischgarnitur, Kindergarnitur, viele andere Pelzwaren enorm billig. Gelegenheitskauf in Brillanten, Ringen, Uhren, Ketten, Ohrringen, Silbertaschen, Silberbörsen, Zigarettenhosen, Theatergläsern und vielem anderen. Günstigste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer. Geöffnet von 9 bis 1, 3 bis 7. Sonntags geschlossen. 128K*

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Köpenicker Straße 71. 121K*

Gediegene Jackettanzüge und Herrenulster aus prachtvollen Friedensstoffen und Maßarbeit verkauft staunend billig Zult, Muskauerstraße 46, parterre.

Kochherde, kleine und große vorrätig. Herdfabrik „Reform", Lichtenberg, Herzbergstraße 54.

Handleiterwagen, Holzräder aufgabehalber. Kowalski, Schmidstraße 43. 81/13*

Gardinen, 2 Fenster, neu, 48 Mark, gibt ab Kulling, Kopenhagenerstr. 11 (Bahnhof Schönhauserallee). 82/9

Hundeverkauf. Schuh- und Wachhunde, Stubenhündchen, Kupieren, Hundefutter verkauft Schafflands Hundedepot, Palisadenstr. 25.

Geschäftsverkäufe

Lebensmittelgeschäft, Keller, samt Wohnung sofort zu verkaufen. Hirschhorn, S., Luckauerstraße 14. 1627D

Möbel

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. 80K*

Unbedingt! wichtig für Möbelkäufer ist es, vor Kaufabschluß die sehenswerte Ausstellung im „Berliner Möbelhaus", nur Elbbotten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusertor, zu besichtigen. Riesenauswahl gediegener Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen zu niedrigsten Preisen!

Küchen von 820 bis 1800 Mark, lackiert, lasiert, pitchpine. Unerreichte Auswahl. Billigste Preise. Direkt ab Fabrik. Küchenmöbel-Fabriklager. Nur Große Frankfurterstraße 4, Ecke Fruchtstraße.

Chaiselongues 90,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Auskleideschränke. Meick, Augustastraße 62 A. Quergeb.

Möbel-Roth liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen, Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 175K*

Möbel - Gelegenheitskäufe: Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polstermöbel, komplette Küchen, einzelne Möbel liefern gegen bar oder Zahlungserleichterung (auch nach auswärts) Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz). Filiale: Badstraße 47/48.

Gebrauchtes Wohnzimmer, komplett 1200 Mark, Geldschrank 400 Mark, Registrierkasse sehr billig. Speisekrone, Salonkrone. Großer Posten Nußbaumumbauten (Ausnahmepreis), eine Plüschgarnitur 600 Mark, gebrauchtes Sofa 250 Mark. Ausziehtisch 85 M. R. Rossius, Kastanienallee 57. 127K

Schlafzimmer, Eiche, sauberste Ausführung, komplett, mit Patent- und Auflegematratzen, echtem Marmor, Stühlen, liefert, soweit Vorrat, für 2100 Mark. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27, „Bürohaus Börse".

Ersparnisse beim Möbelkauf. Entzückende farbige Küchen, 450,—, 575,—, 620,—, Stubeneinrichtung mit Sofa 874,—, Bettstellen 79,—, 145,—, 185,—. Auch Gelegenheitskäufe. Möbelschau, Brunnenstraße 160 (Eingang Anklamerstraße). 122K*

Alle!!! Lagerbestände ermöglichen kolossal billige Angebote. Dunkeleichen Herrenzimmer, schwergeschnitzte Bibliothek mit Kristallfacetten, gediegener Diplomat, komplett nur 2675,—. Besichtigung lohnend! Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30. 126K

Reizende!! Küchen in jeder Holzart, farbig und lasiert, modernste Ausführungen, Friedensanstrich, verkauft zu bedeutend herabgesetzten Preisen Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstr. 30. 126K

Musikinstrumente

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 48K*

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16.

Rabenstein-Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 10 III. 74K*

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100,—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 169K*

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Katalog kostenfrei. Sachter, Oranienburgerstraße 42. 14K*

Piano, neu, verkauft Libiszewski, Schöneberg, Feurigstraße 63. Gewerbliche Händler verbeten. 125K*

Salonharmonium 1250,—, Konzertharmonium mit Aeolsharfe 1500,—, kleineres 750,—, gebrauchtes billigst, verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. 121K.

Klavier 975,—, elegantes Piano 2600,—, Konzertpiano 3800,—, Konzertflügel 2800,— verkauft Ernst, Oranienstraße 166 II.

Mandolinen, Gitarren, Lauten, eingespielte Violinen, Gelegenheitskäufe. Berger u. Co., Engroslager, Oranienstraße 166. 121K*

Bierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 75K*

Pianos, Flügel, Harmonien, neu und gebraucht, Friedensware, größte Auswahl, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Grebel, Spandauerstraße 18, am Rathaus. 114K*

Einbau-Flügel und Pianos mit vollendetem Kunstspielapparat 65- und 88tönig, gute Expression, leichtes Treten, hervorragende Ausdrucksweise, handdhnlicher Anschlag. Eigene Wer Notenrollen-Fabrikation, auch Wer Künstlerrollen bei M. Sparthe, Potsdamerstraße 136, an der [illegible]

Stutzflügel, Pianos preiswert. Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 82/6

Fahrräder

Fahrraddecken, Schläuche, billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Schwanbitz, Linienstraße 10. 31/9*

Fahrradmäntel, Drahtdecken, Schlauchreifen, Luftschläuche allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße 4. 174/4*

Kaufgesuche

Altmetalle kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreisen. Quecksilber 24. Metallschmelze Invalidenstr. 142. Norden 9649.

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III, Preisangabe erbeten. 110K*

Platin, Silber, Gold, zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 104K*

Platin, Gramm 70,—. Gold, Silber, Quecksilber, Zahngebisse kaufen höchstzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenstraße 29 I.

Wir sind Großkäufer sämtlicher Kupferleitungen und Litzen jeden Quantums zu den höchsten Tagespreisen. Paul Fleischer, Skalitzerstr. 43. Elektromaterialien-Großhandlung. Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 775, 1950, 1951. 49/3*

Edelmetalle, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle kauft Metall-Einkaufszentrale, Kottbuserdamm 66. Moritzplatz 135 80.

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 190, Moritzplatz 4016.

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114K*

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 (Hausnummer 11 genau beachten) und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 134K*

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Bolbes, Weidenweg 72, Hof, am Baltenplatz. 131K*

Platinabfälle, Gramm bis 70 Mark, Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12858. 114K*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch" Fennstraße 48.

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 858. 114K*

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 24.

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Möbus, Waldstraße 3.

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ermel, Gubenerstraße 50.

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Bahnstr. 46, Schöneberg.

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Haase, Skalitzerstraße 25 A, Ecke Lausitzer Platz.

Leitungsdrähte, Kabel, Spulen, Dynamodrähte sowie Motore, neue und defekte, kauft Borgwardt, Prinzenstraße 64. Moritzplatz 3353.

Bienenwachs, Leim, Paraffin, Harz, Lacke, Schellack kaufen höchstzahlend Gebrüder Noack, Große Frankfurterstraße 25/26.

Metalle kauft, auch kleine Posten, Hentschel u. Stephan, Metallgießerei, Dresdenerstraße 80. 31,5*

Matratzen-Wolle kauft jede Menge und bittet um Angabe. Kastner, Kottbuser Damm 68. 133*

Nähmaschinen, Systemangabe, kauft Münker, Oranienstraße 167. 16*

Spiralbohrer, Schreibmaschinen, Werkzeuge aller Art kauft Pesenecker, Neue Königstraße 28. 135K*

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden. Anfertigung. Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Königstadt 330. 84D

Mustergültiges Deutsch sprechen und schreiben lehrt Erwachsene (auch abends) erfahrener Sprachlehrer. Vorzüglicher Erfolg verbürgt! Anfragen erbeten unter „Postlagerkarte 195", Briefpostamt Berlin.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 8, Gartenhaus IV.

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen. Englisch und Französisch 12 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen, Einzelunterricht während des ganzen Tages. Neu: Kleine Klassen für Spanisch, monatlich 25 Mark. Prospekt kostenlos. Leipzigerstr. 123 a, Tauentzienstr. 19 a. 104K

Kaufmännische Privatschule Paul Kowalski, Köpenickerstraße 143, am Schlesischen Bahnhof. Handelskurse, deutsche und polnische Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Briefelehre, Rechnen, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung. Tages-, Abendkurse. 77K*

Tanzunterricht. Täglich Anfängerkurse, moderne Tanzkurse, Schülerkurse, Kinderkurse Frau Friedrich-Donath Solotänzerin. Michaelkirchstraße 39. 47/6*

Verschiedenes

Prozeßführung, Rechtsberatung, Gerichtsbeistand! Allergrößte Rechtserfolge! Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach-Gesellschaft, Alexanderstraße 45 (Alexanderplatz). Steuerberatung, Vertrauenssachen, Ermittelungen. Teilzahlungen gestattet. 135K*

Detektivbureau erledigt alles. Adalbertstr. 4. 100K*

Erfinder. Patentbureau Vachsler, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7080. 75K.

Vermietungen

Stube und Küche, möbliert, in Berliner Vorort, an wohnungslosen Parteigenossen bis 15. März 1920 zu vergeben. Adressen erbitte an Expedition Vorwärts, Lindenstraße 3, Chiffre H. 37. 985

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Einstopfescher sucht Hermann, Beuthstraße 8. 1015

Bäckerlehrling. Suche für meinen Sohn, 1 Jahr gelernt, Lehrstelle. Schindler, Lichtenberg, Weichselstr. 4.

Musikerlehrlinge stellt jederzeit ein Karl Kiesant, Stadtkapellmeister, Friesack (Mark).

Record - Cylinder - Schleiferinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Grünebaum u. Scheuer, Belle-Alliancestraße 3. 96

Plüschmäntel - Näherinnen geübte, außer dem Hause verlangt Talsch, Prenzlauerstraße 42, Alexanderplatz.

Handnäherinnen für feine Spitzendecken außerm Hause gesucht. Benno Franken u. Co., Magazinstraße 6. 90/

Mamsells auf bessere Damenmäntel dauernd sucht Deutschmann, Franseckystraße 6. 82/

Presserinnen auf Batterie sucht Anton Schneeweis, Rungarderstraße 40. 82/

Blusen- und Kleider-Näherinnen auf erstklassige Sachen verlangt im und außer dem Hause Walter Stiege, Zimmerstraße 82. Probearbeit vorlegen. 70/1

Mädchen, schulfrei, für Vormittage. Kandoba, Friedrichstraße 21. 97

Anwaltsbureau sucht schulentlassenes Mädchen oder Jungen zur Ausbildung. Dr. Pauly, Heiligegeiststr. 3/4.

Lehrfräulein für Papiergeschäft gesucht, sofort. Selbstgeschriebene Offerten Wilhelm Schmitz, SO., Oranienstraße 15. 95

Zeitungsausträgerin stellt ein Vorwärts-Spedition, Charlottenburg, Gesenheimerstraße 1.

Botenfrauen werden verlangt Vorwärts-Ausgabestelle Lausitzer Platz 14/15.

Zeitungsträgerin verlangt Vorwärts-Spedition Berlin-Schöneberg, Belzigerstraße 2.

Landarbeiterinnen verlangt für die vom Arbeitsnachweis geprüften Stellen, Landwirtschaftliche Abteilung, Rückerstraße 9. (8—3.) Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Meldung mit Papieren. 122/

Weibliches Hauspersonal findet nach Wunsch kostenlos geeignete Stellung nach vertraglich geregelten Arbeitsbedingungen durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin Abteilung für Hauspersonal Eichhornstraße 1 (nahe Potsdamerplatz), Belle-Alliance-platz 3, Paulstraße 1 (am Kriminalgericht), Koppenstraße 1 (am Stralauerplatz) Hormannstraße 18. Meldungen mit Papieren nachmittags 4—7 Uhr. 122/11